

## Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 04

November 2007

Jahrgang 36

2008 keine Metall Tarifrunde

# Ein Nachschlag machts!

Extreme Preissteigerungen der Lebenshaltungskosten rechtfertigen betriebliche Lohnnachschläge

Profirate bei VOITH in schwindelnder Höhe

VOITH im Glanz von Rekordzahlen. Überschwänglich war die Presse nach den traumhaften Geschäftszahlen der VOITH AG. Kormann hat glänzendes erreicht. Da fragt sich der lesende Arbeiter: „Was habe ich davon?“

### Nachschatlag gerechtfertigt

Mit einer 20%igen Steigerung des Auftragseinganges auf über 5 Milliarden Euro und keinem „notleidenden“ Konzernbereich, die höchsten Zuwächse in der jüngsten VOITH-Geschichte, ist angesichts der unzureichenden tariflichen Erhöhung ab Juni '08 eine Forderung nach einem betrieblichen Lohn- und Gehaltszuschlag gerechtfertigt.

Die Tarifrunde von 2007 hat eindeutig den Beweis geliefert, dass sich lange Laufzeiten immer zu Ungunsten der Beschäftigten in den Betrieben auswirken. Solche Fehler können in einer Tarifrunde 2009 nicht mehr ausgeglichen werden. Reallohnverluste sind weiter vorprogrammiert.

### Gewaltige Verteilungsverluste

Nicht nur die Preise für den Lebensunterhalt, der Warenkorb hat sich im Zeitraum von 2001 bis

2006 um über 10 Prozent verteuert. Die reale Kaufkraft, das verspüren alle Arbeiterhaus-

### Was der Arbeiterhaushalt unbedingt braucht

Butter	+ 36,6 %
Zwiebel	+ 22,9 %
Weizenmehl	+ 13,7 %
Geflügel	+ 12,3 %
Vollmilch	+ 11,5 %
Wirsingkohl	+ 8,5 %
Birnen	+ 7,6 %
Obst	+ 6,8 %
Strom	+ 6 - 9%
Bananen	+ 5,8 %
Schienenverkehr	+ 5,7 %
Brötchen	+ 5,2 %
Medikamente	+ 4,3 %
Rindfleisch	+ 2,7 %

(Auszug Quelle : Statistisches Bundesamt August 2007 zum Vorjahr)

**Nicht berücksichtigt: Der ÖPNV, die Mieten, örtliche Gebühren und Tarife z. B. in HDH die Abwassergebühren. u.s.w.**

halte, insbesondere Arbeitslose, ist gefallen. Neben der ständig

steigenden Arbeitsproduktivität, steigen auch die Unternehmensgewinne und Profite. So sind im Zeitraum von 2001 bis 2006 die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 37,7 Prozent, die Gewinne der Kapitalgesellschaften um 48,4 Prozent gestiegen. Legt man das Volkseinkommen zugrunde so ist der Anteil der wenigen die Gewinn- und Vermögenseinkommen haben um 160 Milliarden, der Anteil der vielen, die ihre Einkommen aus Arbeit bekommen um lediglich 44 Milliarden gestiegen. Ein gewaltiges Missverhältnis, das nur mit kräftigen Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgeglichen werden kann.

### Keine Einmalzahlungen

Die Opfer der VOITHianer aus den vergangenen Jahren müssen ein Ende haben. Die Geschäftsführung von VOITH wird angesichts ihres Bauvorhaben eines gigantischen sog. Head-Office mit den eingesparten -zig Millionen aus dem gestoppten EADS-Deal, einer dauerhaften, in die Lohn- u. Gehaltstabellen eingerechnete. Einkommenserhöhungen, zustimmen müssen.

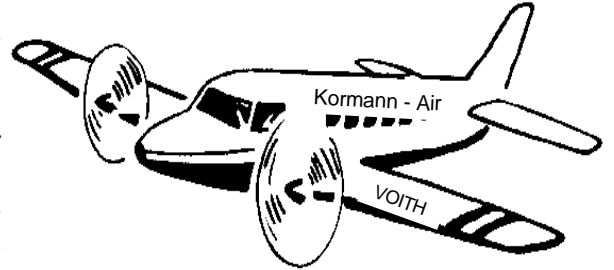


Stadträte W. Benz u. R. Püschel

## Kommunalpolitik

### Was hat Heidenheim mit Elchingen zu tun?

Die DKP sagt: Heidenheim hat mit Elchingen nichts zu tun. Aber VOITH und OB Ilg. VOITH will - OB Ilg tut. Schon im April 2007 wurde am Rande der VOITH-Presskonferenz zum geplanten „Head-Office“ der Wunsch, den noch zu Sportzwecken genutzten Flugplatz zu einem nach EU Vorschriften gewerblichen Flugplatz auszubauen, geäußert. Für den



teuren Ausbau versprach CDU-Ministerpräsident Oettinger spontan einen Zuschuss von 1,5 Millionen. Die CDU Maultaschen-Connection, nach Oettinger, der CDU Bahnprivatisierer MdB Brunnhuber, MdL Altschultes Hitzler und CDU OB Ilg, versichert in gleicher Weise, sich für den Ausbau stark zu machen. Kaum ist die OB-Wahl vorbei, handelt Ilg. Nein, kein Geld, kein Cent für den VOITH-Wunsch aus der städtischen Haushaltskasse.



### OB Ilg gewählt!

Ein neuer oder ein alter OB?



ist hal- Protest ge- Ilg aber weis Demokratie sich an der doof. Dass tiker und In- besten Wil- den. Bedau- sichtsreicher den Grünen mende Wahl zu mindestens 50 tigten Heidenhei- reicht. Sein Ger- der sich, ohne Positionen an



Nicht die Mehrheit aller Heidenheimer Wahlberechtigten sondern das Wahlsystem garantiert immer einen Sieger. Denn die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zählen.

Mit 82 Prozent von nur einem knappen Drittel Wahlberechtigter, ist also Bernhard Ilg für weitere 8 Jahre zum neuen, alten OB für Heidenheim gewählt worden. Mit einer Wahlbeteiligung von nur 29 Prozent nicht deutlich geworden, ob die Wahlent- tung mit Politikverdrossenheit oder mit gen die Arbeit von OB Ilg gemeint ist. OB es besser: „Wer zur Wahl ging, hat begriffen (...)“. Alle 71 Prozent, die Wahl nicht beteiligten, sind sozusagen die Vertrauensbasis zur Politik, zu Poli- stitutionen gebrochen ist, kann beim len nicht dem Wähler angelastet wer- erlich ist auch, dass kein politisch aus- Kandidat weder von der SPD noch von aufgestellt wurde, um eine ernstzuneh- ermöglichen. Das Quorum von OB Ilg, Prozent der Stimmen der Wahlberech- merInnen zu bekommen, hat er nicht er- genkandidat, das DKP Mitglied Bühner, sich mit der DKP abzustimmen, mit DKP der Wahl beteiligt hat, konnte so entspre- chend punkten. Trotz der Protest-Argumente konnte Bühner den Wahl- sieg von OB Ilg nicht gefährden. Bleiben wir dabei, nicht die Tagesmei- nung ist in der Kommunalpolitik entscheidenden, sondern der längerfri- stige kommunalpolitische Einsatz im Sinne aller abhängig Beschäftigten in unserer Stadt. Die DKP Heidenheim ist eine kleine Partei. Ihre kommunalpolitische Arbeit ist gekennzeichnet von Kontinuität und politischer

Verlässlichkeit. Sie orientiert sich an den Bedürfnissen der Arbeiter, der Angestellten, der in sozialer Not befindlichen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die DKP ist keine Interessensorganisation ihrer selbst Willen, sondern sie ist die Lobby der „Kleinen Leute“. Sie steht für die Mieterinnen und Mieter, sie steht für eine alternative Verkehrspolitik für soziale Gerechtigkeit gegen die Privatisierungs- ziele von OB Ilg und den Stadtratsmehrheiten. Die DKP schaut mit ihrer Kommunalpolitik im Gegensatz zu den Bürgerlichen Parteien über den kommunalen Rand hinaus und verbindet Kommunalpolitik auch mit Landes und Bundespolitik.

2,6 Millionen Kinder in Armut  
204 in der Stadt Heidenheim

DKP-Antrag im Gemeinderat:

### Schulbeihilfe für arme Kinder!

Die Kinderarmut hat in der Bundesrepublik eine historisch neue Dimension erreicht. Nach einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) hat die Einführung von Hartz IV zum Jahresbeginn die Zahl der von Armut betroffenen Kinder auf eine Rekordsumme steigen lassen. "Hartz IV heißt zu wenig für zu viele.

Diese Tatsache veranlasste die DKP Stadträte, einen Antrag zu den Haushaltsbera- tungen 2008 einzureichen.

Sie beantragten einen Fonds, der notwen- dige Kosten zur Einschulung für Kinder in HartzIV Familien übernehmen sollte.

Die DKP-Vertreter im Gemeinderat verfolg- ten eine Initiative, die bereits in anderen Städten der BRD beschlossen wurde. Vor- dergründig, so die DKP-Vertreter im Ge- meinderat, sei die Unterstützung der Fami- lien, deren Kinder bereits in 2007 einge- schult wurden. Die SPD, die sinngemäß Gleiches will, wird einen ähnlichen Antrag einbringen. Es ist zu hoffen, dass OB Ilg, im Rahmen seines Projekts „Familien- freundliche Stadt“, diese Initiative unter- stützt.

Es geht um die Unterstützung hilfsbedürfti- ger Familien. Der DKP geht es um die Sache. Der weitestgehende Antrag sollte von beiden Parteien unterstützt werden.





## Betriebs- u. Gewerkschaftsspiegel

Noch VOITH-Chef

### Braucht Kormann einen Hammer?

Noch am 09.10.2007 titelte die HZ aus der „Wirtschaftswoche“ über den Airbus-Deal „VOITH hat die besten Chancen“. Doch bereits am 08.10.07 stand fest, „VOITH: Kein Interesse mehr an Airbus“. Die in den Medien hochgetriebenen Erwartungen für eine neue VOITH-Sparte brachen jäh zusammen. VOITH-Aufsichtsratsvorsitzender und Heidenheimer Ehrenbürger Dr. Rogowski, noch kurz davor aus dem EADS-Aufsichtsrat ausgeschieden, um den Deal wegen des Verdachts des Interessenkonflikts nicht zu gefährden, hat jetzt nach sieben Jahren Aufsichtsratsmitglied bei EADS das Nachsehen. Wer schlussendlich über den Ausstieg entschied, bleibt im Dunkeln. War es Kormann selbst, um dem Rog. zu zeigen, wer das Sagen hat, oder waren es die VOITH-Gesellschafter, die mit diesem Luft-, Raumfahrt-, Kriegs- und Rüstungsproduzenten nichts zu tun haben wollten. Rogowski selbst sprach von einem kleinen Opfer. Er wird es verkraften. Der, von wem auch immer, gestoppte Einstieg oder die Übernahme von Teilen der EADS hat auch sein Positives. Die Millionen bleiben in der VOITH-Kasse. Bevor es den Gesellschaftern, die unter den reichsten Deutschen auf Platz 40 mit über 3 Milliarden Vermögen geführt werden, überwiesen wird. Die Beschäftigten müssen zum Jahresende mit einer kräftigen steuerfreien Leistungsanerkennung honoriert werden. Die Betriebsräte sollten nicht jammern und picheln, sondern hammern und sicheln, damit Kormann den Hammer nimmt, um die Gesellschafter von einer Jahresend-Dividende an die Beschäftigten zu überzeugen. ★

### Ein „Head-Office“ als VOITH-Zentrale

Wo bleibt die VOITHsche Sozialleistung

Natürlich ist es besser, wenn VOITH in Heidenheim investiert. Mit dem PTC, den Gebäudesanierungen und einer neuen Betriebsflächennutzung und -aufteilung kann niemand etwas dagegen setzen. Nur, es bleibt immer die Frage, wer bezahlt. Nachweislich ist das PTC von den Beschäftigten mit Lohn- Gehaltseinbußen und verlängerter Arbeitszeit finanziert worden. Andere sichtbare Verbesserungen werden aus den guten Geschäftsergebnissen, der gestiegenen Produktivität und dem Arbeitseinsatz der VOITHianer und nicht zuletzt aus gewaltigen Steuervergünstigungen für Unternehmen finanziert. Was kommt aber bei den Beschäftigten an? Weder an dem allgemeinen konjunkturellen Aufschwung noch an der spezifischen VOITH-Entwicklung werden die VOITHianer beteiligt. Prestigeobjekte haben in der Regel nur eine Außenwirkung. Ob solche Investitionen auch nach innen wirken, wird die Zeit beweisen. Tatsache bleibt, dass die Voith-Kantine, das Ambiente zum VOITH-Prestige-Office eine gründliche Sanierung und Modernisierung nötig hätte. Das Gleiche gilt für das VOITH-Gesundheitshaus. Die sozialen Errungenschaften des Hans VOITH sind über die Jahrzehnte heruntergekommen. Also auch hier den Hammer ansetzen und sich den sozialen Notwendigkeiten stellen. Ein Betriebskindergarten mit kommunaler Mitfinanzierung ist für Alleinerziehende Spitzenleute in Ordnung. Aber ordentliche Gesundheitseinrichtungen für Schichtarbeiter und für Beschäftigte, die eine Rehabilitation aus ihrer Arbeit benötigen, zählt ebenso zur Unternehmerverantwortung. ★

**Sozial is' muss!**  
**Profite besteuern**  
**statt Arme schröpfen!**



**Flugblätter kosten Geld**  
**Unser Spendenkonto**  
**Kreissparkasse Heidenheim**  
**Konto Nr.: 413 903**  
**(BLZ 632 500 30)**

### Ausbildungsbilanz schlecht

Die Ausbildungsbilanz ist weniger rosig als Arbeitgebervertreter behaupten, so IG-Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner. Die Zahl der Lehrstellen sei nur gestiegen, weil mehr außerbetriebliche Ausbildungsplätze angeboten wurden.

Ende September suchten insgesamt noch 111.000 Jugendliche eine Lehrstelle. Zur gleichen Zeit klagt die Industrie in Deutschland über einen Fachkräftemangel.

Nach Zahlen des "Instituts der deutschen Wirtschaft" fehlten 2006 nicht nur über 73.000 Ingenieure und Naturwissenschaftler, sondern auch "klassische" Facharbeiter. Mehr als 63.000 Techniker-Stellen blieben unbesetzt. ★



**DKP Aktion für mehr Ausbildungsplätze**  
**Mitte : DKP Stadtrat Wilhelm Benz**

### Stellungnahme des DKP Bezirksvorstandes

## zum Arbeitskampf der Lokführer

### Wer sich nicht wehrt lebt verkehrt - ein seit Jahren geprägtes Leitmotiv unserer Partei.

Wir wollen und brauchen Gewerkschaften, die kämpfen. Eine Forderung, die von immer mehr Beschäftigten und Belegschaften angesichts immer spürbarer Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen erhoben und praktiziert wird. Ein wichtiges Signal setzen hierfür die Lokführer.

Die Einheitsgewerkschaften, an deren Schaffung und Stärkung Kommunistinnen und Kommunisten wesentlich mitgewirkt haben, sind eine wichtige Errungenschaft der Arbeiterbewegung unseres Landes. Die DKP ist der Überzeugung, dass starke an den Interessen der arbeitenden Menschen orientierte kämpferische Gewerkschaften unentbehrlich sind. Deshalb wirken wir für die Stärkung und Festigung der Einheitsgewerkschaften. Dabei geht es uns um die Überwindung von Widersprüchen und Inkonsistenzen in der gewerkschaftlichen Politik und damit um die Erhöhung des Ansehens, der Glaubwürdigkeit und der Kampfkraft der Gewerkschaften.

Der Glaube an eine "Sozialpartnerschaft" zwischen Kapital und Arbeit ist ein verhängnisvoller Irrglaube, der die Gewerkschaften nicht stärkt sondern schwächt. Dieser Glaube, das Tun und Handeln in diesem Sinne, ist nicht nur in den Führungen, sondern auf allen Ebenen unserer Gewerkschaften und des DGB vorhanden.

Darin sehen wir die wesentliche Ursache, wenn historische Errungenschaften der Einheitsgewerkschaft gefährdet sind, Vertrauensverlust unter Mitgliedern und Beschäftigten anzutreffen ist und u.a. einzelne Gewerkschaften und Belegschaften zu eigenen Kampfformen greifen.

Das gemeinsame, solidarische Kämpfen und Handeln ist uns immer wichtiges Ziel. Wo es aber Gewerkschaften daran fehlen lassen, den gemeinsamen Kampf gegen immer dreisteren Sozialabbau zu organisieren und zu fördern, da unterstützen wir den Kampfwillen und Kampfbereitschaft der Beschäftigten bis hin zum Streik.

Die über Jahre unnachgiebige Haltung der DB und über Jahre hinweg zurückhaltende Lohnpolitik von transnet, ihr Verzicht auf entschlossenen Kampf für höhere Tarifabschlüsse und nicht zuletzt auch ihre Unterstützung der Bahnprivatisierung (als einzige DGB-Gewerkschaft!) zwingt nun die Lokführer zum Streik für ihre berechtigten Forderungen und Interessen.

Unsere Solidarität gehört ihnen. Dies auch deshalb, weil sie ihren Kampf bereits um weit mehr führen als um die eignen Arbeitsbedingungen, nämlich auch um das Streikrecht. Wenn Gerichte über Recht oder Unrecht von Streik befinden sollen, dann ist ein wesentliches Grundrecht in Gefahr - unser aller Recht also!

Wir fürchten nicht die Lahmlegung der Wirtschaft. Dies hätten ohnehin diejenigen zu verantworten, die den Lokführern ihren berechtigten Lohn für verantwortungsvolle Arbeit vorenthalten.

Dreist und unverschämmt finden wir, was das Kapital und die Mehdorns dieses Landes den Beschäftigten zumuten, sich selbst aber auf Kosten der Mehrheit in unverschämter Art und Weise bereichern.

Es ist Zeit sich der Worte Willi Bleichers zu erinnern:

"Der Kapitalismus wird nie seinen Frieden machen mit der Arbeiterklasse. Und die Arbeiterklasse kann dies nicht mit dem Kapitalismus."



## 172.016 fach: NPD verbieten!

**nonpd**  
NPD-Verbot jetzt!

Mit ihrer Unterschriftenkampagne für das sofortige Verbot der NPD hat die VVN-BdA eine wichtige Initiative gestartet. Die Kampagne wurde am 9. November abgeschlossen. Über 170.000 Menschen haben sie mit ihrer Unterschrift unterstützt. Die Kampagne hat Wellen geschlagen. Zehntausende Gespräche sind geführt worden, um Menschen zur Abgabe ihrer Unterschrift zu bewegen. Der jüngste Gewerkschaftstag von ver.di hat sich hinter die Kampagne der Antifaschisten gestellt.

Diese Kampagne konnte und wollte nur ein Anfang sein. Sie ist ein wichtiger Beitrag gegen Tendenzen, sich mit der Präsenz von Nazis auf den Straßen und in den Parlamenten abzufinden.

Das Verbot der NPD wäre ein spürbarer Schlag gegen alle Nazis. Es würde der NPD den öffentlichen Geldhahn abdrehen und auch weitere Privilegien nehmen.

Verschiedene sozialdemokratische Innenminister und auch der Parteitag der SPD haben sich für das Verbot ausgesprochen.

Wer vom Faschismus redet, darf über den Kapitalismus nicht schweigen!



## 2008 als

## "Jahr der Rüstung"

Der Direktor der EU-Verteidigungsagentur, Alexander Weis, fordert, das Jahr 2008 zum "Jahr der Rüstung" zu machen. Die Ankündigung für eine neue Aufrüstungswelle, initiiert durch die EU-Verteidigungsagentur, zeigt einmal mehr, dass es sich bei dieser Agentur faktisch um eine Aufrüstungsagentur handelt. Hier wird mit Steuergeldern die Rüstungsindustrie auf allen Ebenen unterstützt. Bei der vorbereitenden Forschung und bei der Durchführung von Rüstungsvorhaben genauso wie bei Erschließung von Absatzmärkten.

Weltweit ist die Höhe der Rüstungsausgaben längst wieder auf dem Niveau des Kalten Krieges angekommen. Mehr Waffen bringen nicht mehr Sicherheit sondern mehr Kriegsgefahr. 2008 sollte stattdessen zu einem "Jahr der Abrüstung" werden, bei dem Deutschland und die Europäische Union mit gutem Beispiel vorangehen.

